

Dokumentation: Der Tod des Diktators – ein Circulus vitiosus für die SED

Der Tod Stalins (5. März 1953) – ein Teufelskreis für die SED und die DDR? Die nachfolgend, erstmalig in dieser Art publizierten Dokumente (Dokument 2 bis 7), die vom Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, für immer gesperrt worden waren, belegen es. Wechselte der »Homunkulus« DDR, um an eine Charakterisierung durch den ehemaligen sowjetischen Botschafter in der DDR, Pjotr Abrassimow, zu erinnern, im deutschlandpolitischen Spiel Stalins auch zwischen den Rollen Provisorium, Spielball und Faustpfand, so blieb er dennoch immer an einen systemischen Stalinismus gefesselt.

Es war nur logisch, wenn das Zentralkomitee der SED bei seiner feierlichen Trauersitzung am 6. März im Namen der Partei und der Bevölkerung der DDR den unermesslichen Schmerz über den Verlust des »großen Führers der fortschrittlichen Menschheit« ausdrückte. In seinem Telegramm an das Zentralkomitee der KPdSU gelobte es, »der siegreichen Lehre J. W. Stalins stets die Treue zu wahren« (Dokument 1). Was in Moskau Machtkämpfe auslöste und in westlichen Regierungskreisen verhalten aufgenommen wurde, verstand der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, als Herausforderung auch für die Stärkung seiner persönlichen Macht. Sich auf eine »Kontinuität« vom »Manifest der Kommunistischen Partei« bis zu Stalins »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR« berufend, war sich der Führungszirkel der SED einig, durch eine Stalinverherrlichung, die nun endgültig ins Absurde getrieben wurde,¹ »Revolution« künstlich durch Bevormundung und Administration voranzutreiben und sich zugleich auf eine neue Führungskraft im Kreml einzustellen (Dokument 3).

Feindbilder, die in Moskau ursprünglich für den Schauprozeß gegen den ehemaligen Chef der KP der Tschechoslowakei, Rudolf Slánsky, entworfen worden waren, wurden mit einem Beschluß unter Federführung Ulbrichts nun auch der SED verordnet. Sie wurden genutzt, um aus der SED-Spitze Konkurrenten zu entfernen (Dokument 2), um Verhaftungen zu legitimieren und um in der Partei eine »Fünfte Kolonne« zu konstruieren. Der Moskauer Ärzteprozeß löste in der DDR – auf sowjetischen Druck hin – ebenfalls eine antisemitische Welle aus. In diesem Sog mußte die überparteiliche »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« auf Beschluß des Politbüros ihre Tätigkeit als Organisation aufgeben, erfolgten schwere Anschuldigungen gegen Angehörige jüdischer Gemeinden und wurde Jugendpolitik der Kirchen ins Feindbildraaster gerückt.

Wilfriede Otto – Jg. 1933,
Dr. phil. Historikerin,
jüngste Monographie:
Erich Mielke – Biographie.
Aufstieg und Fall eines
Tschekeisten, Berlin 2000

1 Zur Ehrung: Selbstverpflichtungen in der Produktion; vollständige Herausgabe der Werke Stalins; Auswahlbände der Werke Stalins; Sondernummer der »Einheit«; Schaffung eines Lenin-Stalin-Museums; Erinnerungsstätte an Stalin in Potsdam; Namensverleihungen; Stalin-Kurse für SED-Mitglieder und parteilose Werktätige.

2 Jörg Fisch konstatierte, daß die »SBZ/DDR 1945 bis 1953 die mit großem Abstand höchsten Reparationsleistungen erbracht hat, die im 20. Jahrhundert bekannt geworden sind.« Neues Deutschland, 24. Mai 1993.

3 Heinrich Rau, Chef der Plankommission, zum Jahreswechsel 1952/53: »Die Einführung eines strengen Regimes der Sparsamkeit und die Verbesserung der Wirtschaftsführung werden die Lage erleichtern, aber keinesfalls die Erfüllung der Hauptaufgaben garantieren können.« SAPMO-BArch, NY 4090/473.

4 »Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.«

5 Zur Vorgeschichte des Dokuments: Elke Scherstjanoi: »In 14 Tagen werden sie vielleicht keinen Staat mehr haben«. Vladimir Semenov und der 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv 31/1998, S. 917-23.

Auch gegenüber jenen Teilen der Gesellschaft, die nicht kriminalisiert wurden, blieb es bei den militanten Methoden, die seit den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz für den sozialistischen Aufbau im Juli 1952 und der Forcierung des eingeschlagenen Weges im November 1952 praktiziert wurden, ja sie wurden sogar noch verschärft angewandt. Natürlich waren die historischen Umstände kompliziert.² Durch die Teilung des Landes, den Kalten Krieg und den oktroyierten militärischen Kurs Stalins in Reaktion auf die Ablehnung der Friedensvertragsnote vom 10. März 1952 und die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im Mai 1952 wurden die Probleme potenziert. Bedenken³ wurden in dieser Situation nicht ernstgenommen.

Im Beschluß des Zentralkomitees über einen »Feldzug für strenge Sparsamkeit« (3. Februar 1953), in dem die Parteiführung mit dem Stalinschen ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus⁴ argumentierte und – zu Recht – die wirtschaftliche Rechnungsführung forderte, wurden letztlich die Grundzüge für einen Kampf gegen wichtige Teile der Gesellschaft umrissen. Der Druck auf Arbeitsnormen, Lohnfonds, angeblich ungerechtfertigte Steuervergünstigungen, Fahrpreismäßigungen sowie auf Leistungen der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens führte seit März zu gravierenden sozialen Eingriffen. Vom Ausschluß beträchtlicher Bevölkerungskreise von der Versorgung auf Lebensmittelkarten über die Aufhebung von Fahrpreismäßigungen bis zu Preisverdoppelungen bei damals so wichtigen Nahrungsmitteln wie Marmelade reichten die Maßnahmen.

Wesentlich verursacht war diese Entwicklung durch die Aufrüstung, die die sowjetische Seite seit Frühjahr 1952 der DDR verordnet hatte. Unter diesen Bedingungen trieben die sowjetischen Ansprüche sowohl in puncto Besatzungskosten als auch in puncto Reparationen die DDR-Wirtschaft endgültig an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. In dieser schwierigen Situation glaubte die SED-Führung, die von ihr postulierte soziale Umgestaltung der DDR besonders schnell vorantreiben zu können, indem sie die sozialen Kosten von Besatzung und Aufrüstung auf bestimmte Gruppen der Gesellschaft abwälzte, ja sie sogar ausgrenzte und ihnen ihre soziale Existenz streitig machte. Maßnahmen wie die Aktion »Rose« an der Ostseeküste gegen Pensionsbesitzer, die rigide Anwendung des »Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums« vor allem gegen Arbeiter und die mit Sanktionen verbundene Steuereintreibung fallen in diese Zeit.

Auf dem 13. Plenum der SED am 13./14. Mai wurde beschlossen, an der bisherigen Grundlinie festzuhalten und die Arbeitsnormen um 10 Prozent administrativ zu erhöhen.

Wie Moskau über die deutsche Frage und über Sozialismus in der DDR dachte, der als Bezugspunkt über Nacht zurückgenommen werden mußte (Dokumente 5 und 6), demonstrierte die Verfügung des Ministerrats der UdSSR vom 2. Juni 1953⁵ (Dokument 4). Dieses Dokument enthielt die prinzipielle Kritik, daß Sozialismus nicht durch willkürliche Forcierung, mit den Instrumenten der Administration, der Ausgrenzung sozialer Schichten und des Strafrechts sowie ohne Beachtung der innen- und außenpolitischen Bedingungen verwirklicht werden könne. Den kritischen Reflex auf die sowjetischen Vorgaben an die SED blieb es allerdings schuldig. Der mar-

kante Satz über die Rücknahme der Zustimmung zum Beschluß der 2. Parteikonferenz über die »Schaffung der Grundlagen des Sozialismus« deutete auch auf ein Anknüpfen an die deutschlandpolitischen Überlegungen im Frühjahr 1952 hin. Das unterstrich nicht zuletzt das Tempo, das Semjonow für die Umsetzung der Verfügung als »Neuer Kurs« einforderte (Kommunique vom 9. Juni). Ein Plenum des ZK der SED (Dokument 7) und eine Verständigung in Partei und Gesellschaft wurden so verhindert. Was aus Unkenntnis aller Hintergründe als hausgemachte SED-Korrektur verstanden werden mußte, schloß letztlich den Stalinisierungsprozeß der Partei endgültig ab. Daß Erich Honecker im Februar 1989 diese sowjetische Verfügung seinem Panzerschrank entnahm (Dokument 4), zeigt, wie virulent der Alptraum 1953 bis zum Ende für die SED-Führung blieb.

WILFRIEDE OTTO

Dokumente*

1

Telegramm des ZK der SED anlässlich der Trauersitzung am 6. März 1953 an das ZK der KPdSU (Auszug)¹

... Teure Genossen!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik trägt mit Ihnen und dem ganzen Sowjetvolk den unermeßlichen Schmerz, der uns alle durch das Ableben des großen Führers der fortschrittlichen Menschheit, Josef Wissarionowitsch Stalin, betroffen hat.

Die Nachricht, daß das Herz des Mitkämpfers und genialen Fortsetzers der Sache Lenins, unseres weisen Lehrers und Vaters, aufgehört hat zu schlagen, erfüllt alle Genossen, alle deutschen Friedensfreunde und Demokraten mit großer Trauer.

Mit Josef Wissarionowitsch Stalin ist der große Wissenschaftler des Marxismus-Leninismus, der weise Führer der Werktätigen im Kampfe um den Sozialismus, der geniale Feldherr des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes, der überragende Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt dahingegangen.

Das Lebenswerk J. W. Stalins wird auf Jahrhunderte die Entwicklung des Weltgeschehens beeinflussen ...

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gelobt an der Bahre des großen, unsterblichen Führers:

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich noch fester und geschlossener um das von Stalin geschmiedete Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zusammenschließen;

die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird der siegreichen Lehre J. W. Stalins stets die Treue wahren;

die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird auf der Grundlage der Stalinschen Lehren ihre Reihen ideologisch und organisatorisch festigen;

die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird ihre Anstrengungen vervielfachen, um die Sache von Marx und Engels, Lenin und Stalin in ganz Deutschland zum Siege führen ...

* Die Abschrift der Dokumente folgt dem jeweiligen Original. Für die Lesbarkeit notwendige Ergänzungen sowie die Ausschreibung von abgekürzten Wörtern sind in eckige Klammern gesetzt. Handschriftliche Einfügungen im Original sind durch runde Klammern kenntlich gemacht. Auslassungen aus dem Original sind durch ... gekennzeichnet. Ausgestrichener Text folgt dem Original.

Zu Dokument 4: Halbfette Hervorhebungen geben Unterstreichungen wieder, die Walter Ulbricht 1953 in seinem Exemplar vornahm. Kursive Hervorhebungen geben Unterstreichungen wieder, die Otto Grotewohl 1953 in seinem Exemplar vornahm. Unterstreichungen geben Hervorhebungen wieder, die Erich Honecker im Februar 1989 auf der Abschrift vom Exemplar Walter Ulbrichts vornahm.

1 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin 1954, S. 296, 298.

2

Politbüro des ZK der SED, 17. März 1953

Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 16/53 vom 17. März 1953(Abschrift)²Maßnahmen zur Abwehr feindlicher Tätigkeit in der Partei und zur Erhöhung der Wachsamkeit2 SAPMO-BArch, DY 30/
J IV 2/2/270.

3 Franz Dahlem, 1892-1981, SPD, USPD, 1920 VKPD, Mitglied des EKKI, Spanienkämpfer, 1939-42 interniert, 1942-45 Gestapohaft und KZ Mauthausen, seit 1950 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mai 1953 Ausschluß aus dem Politbüro und dem ZK, Januar 1954 strenge Rüge bzw. Rüge wegen angeblichen »Versuchs, die SED-Führung zu spalten«, 1956 rehabilitiert.

4 Noel H. Field, 1904-1972, Amerikaner, Mitglied der KP der USA, Spionage-Phantom in den seit 1949 inszenierten osteuropäischen Schauprozessen und stalinistischen Säuberungen, in Budapest von 1949-54 ohne Prozeß in Haft.

5 Mitglied des Politbüros: Franz Dahlem, Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Hermann Matern, Fred Oelßner, Wilhelm Pieck, Heinrich Rau, Walter Ulbricht, Wilhelm Zaisser. Kandidat des Politbüros: Anton Ackermann, Rudolf Herrnstadt, Erich Honecker, Hans Jendretzky, Erich Mückenberger, Elli Schmidt.

6 Helene Fischer, 1906-1985, kommunistische Jugendfunktionärin, 1935 Verhaftung und Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus, 1937 Emigration in die UdSSR, 1949-53 Mitglied der SED-Landesleitung Groß-Berlin, Mai 1953 wegen angeblichen »Verrats von Parteigeheimnissen an die Gestapo« Ausschluß aus der SED, 1958 rehabilitiert.

1) Das Politbüro beauftragt die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission, die Verbindungen des Genossen Dahlem³ zu Field⁴ und alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu untersuchen.

Bis zum Abschluß der Untersuchung ruhen alle Funktionen des Genossen Dahlem.

2) Die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission erhält das Recht, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros zu befragen.⁵

3) Lena Fischer,⁶ Mitglied des Zentralkomitees, wird wegen Verrat vor der Gestapo aus der Partei ausgeschlossen.

4) Hans Lauter,⁷ Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees, wird wegen Verrat vor der Gestapo aus der Partei ausgeschlossen.

5) Die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission wird beauftragt, die Untersuchung über die Verbindungen des Genossen Bartel⁸ zu Field durchzuführen. Die Funktionen des Genossen Bartel ruhen in dieser Zeit.

Genosse Matern wird beauftragt, Genossen Bartel mitzuteilen, daß ihm untersagt ist, irgendeinem Genossen über diese Untersuchung Mitteilung zu machen.

Genosse Bartel hat sich bis zur Beendigung der Untersuchung krank zu melden.

6) Die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission wird beauftragt, die Angelegenheit Gerhart Eisler⁹ zu untersuchen. Bis zur Beendigung der Untersuchung ruhen alle Funktionen des Genossen Eisler.

7) Die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission erhält den Auftrag, die Verbindungen einer Reihe von Funktionären (Professor Kuczynski,¹⁰ Professor Rompe¹¹ u. a.) zu untersuchen.

3

Politbüro des ZK der SED, 17. März 1953

(Abschrift)¹²

Vertrauliche 01 Verschußsache
Tgb. Nr.

15 Exempl.[are] je ... 1 ... Blatt

Anlage Nr. 5a zum Protokoll Nr. 16/53 vom 17. März 1953

1) Die sowjetischen Organe werden gebeten, uns das Recht zu geben, die Stalinbüste von Merkurow¹³ in mehreren Exemplaren herzustellen.

2) An die sowjetischen Organe ist die Bitte zu richten, dass wir von der in der Tretjakow-Galerie in Moskau ausgestellten Stalin-Statue von Merkurow, Y3 Lebensgröße, eine Kopie bekommen.

3) Die Abteilung Schöne Literatur und Kunst wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, welche Bilder des Genossen Stalin in Mehrfarbendruck zu reproduzieren sind.

4) Die Abteilung Schöne Literatur und Kunst wird beauftragt, einen Plan

auszuarbeiten, welche Künstler über welche Themen Aufträge zur Herstellung von Bildern und Statuen erhalten.

- 5) Es ist eine Broschüre mit kurzen biographischen Daten und wichtigen Arbeiten der Genossen Malenkov,¹⁴ Berija¹⁵ und Molotow¹⁶ herauszugeben.
- 6) Die Bilder der Mitglieder und Kandidaten des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU sind anzufertigen

/Kn.

4

Verfügung des Ministerrats der UdSSR vom 2. Juni 1953, die noch am 2. Juni der kurzfristig angereisten SED-Delegation verlesen und übergeben wurde. (Abschrift nach der maschinenschriftlichen Übersetzung in Moskau)¹⁷

(Dokument Mo.)[skau]

Streng geheim

Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik

Infolge der Durchführung einer **fehlerhaften politischen Linie** ist in der Deutschen Demokratischen Republik eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden.

Unter den breiten Massen der Bevölkerung, darunter auch unter den Arbeitern, Bauern und der Intelligenz ist eine **ernste Unzufriedenheit zu verzeichnen** in bezug auf die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die in der DDR durchgeführt werden. Das kommt am deutlichsten in der massenhaften Flucht der Einwohner der DDR nach Westdeutschland zum Ausdruck. So haben [sind] vom Januar 1951 bis April 1953 447 Tausend Personen nach Westdeutschland¹⁸ geflüchtet, darunter über 120 Tausend lediglich während der vier Monate des Jahres 1953. Einen bedeutenden Teil der Geflüchteten machen werktätige Elemente aus. Unter den 1953 geflüchteten befinden sich: Arbeiter – etwa 18 Tausend, mittlere und Kleinbauer[n], Handwerker und Rentner – etwa 9 Tausend, Angestellte und Angehörige der werktätigen Intelligenz – etwa 17 Tausend, Hausfrauen – über 24 Tausend. Von den Einheiten der kasernierten Polizei¹⁹ sind nach Westdeutschland 8 Tausend Mann geflüchtet. Es fällt auf, dass sich unter den innerhalb der vier Monate 1953 nach Westdeutschland geflüchteten 2.718 Mitglieder und Kandidaten der SED und 2.610 Mitglieder der FDJ befinden.

Als *Hauptursache* der entstandenen Lage ist es anzuerkennen, daß gemäß den Beschlüssen der Zweiten Parteikonferenz der SED²⁰, gebilligt vom Politbüro des ZK der KPdSU(B), **fälschlicherweise²¹ der Kurs auf einen beschleunigten Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland genommen worden war ohne Vorhandensein der dafür notwendigen realen sowohl innen- als auch außenpolitischen Voraussetzungen.** Die sozial-wirtschaftlichen Maßnahmen, die in Verbindung damit durchgeführt werden, und zwar eine **Beschleunigung der Entwicklung der schweren Industrie**, die dabei auch keine gesicherte[n] Rohstoffquellen hat, eine **jähe Einschränkung der Privatinitiative**, die die Interessen einer breiten Schicht der nicht großen *Eigentümer in Stadt und Land* beeinträchtigt, und *Entzug der Lebensmittelkarten* für alle Privatunternehmer und Freischaffenden, besonders

7 Hans Lauter, Jg. 1914, kommunistischer Jugendfunktionär, 1935 verhaftet, verurteilt zu 10 Jahren Zuchthaus, 1950-53 Mitglied des ZK der SED und seines Sekretariats, Mai 1953 wegen angeblichen »Verrats von KJVD-Mitgliedern an die Gestapo« von den Funktionen enthoben, 1956 rehabilitiert.

8 Walter Bartel, 1904-1992, seit 1923 KPD, 1933 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verhaftet und zu 27 Monaten verurteilt, danach Emigration in die Tschechoslowakei, 1939 erneute Verhaftung und bis 1945 KZ Buchenwald, 1946-53 persönlicher Referent von Wilhelm Pieck, Funktionsenthebung.

9 Gerhart Eisler, 1897-1968, seit 1918 KPÖ, 1921 KPD, Funktionär der KI, Emigration in die USA, 1947 verhaftet und verurteilt 1949 Flucht aus den USA, 1949/50 Mitglied des Parteivorstandes der SED, bis 1952 Leiter des Amtes für Information bei der Regierung der DDR, Amtsenthörung und 1953-55 Funktionsverbot.

10 Jürgen Kuczynski, 1904-1997, 1930 KPD, 1936 Emigration nach Großbritannien, 1944/45 Oberst der US-Army, 1946 SED, 1946-56 ordentlicher Professor an der Univ. Berlin, einer der Nestoren der DDR-Geschichtswissenschaft.

11 Robert W. H. Rompe, 1905-1993, 1932 KPD, 1935-45 mehrfach inhaftiert und verhöört, 1946-50 Mitglied des Parteivorstandes der SED, 1946 ordentlicher Professor und Direktor des II. Physikalischen Instituts an der Universität Berlin.

12 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/270.

13 Sergej Merkurow, Jg. 1881, sowjetischer Bildhauer.

14 Georgi M. Malenkow, 1902-1988, russisch-sowjetischer Partei- und Staatsfunktionär, 1953 Stellvertreter bzw. Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR.

15 Lawrenti P. Berija, 1899-1953, georgischer und sowjetischer Partei- und Staatsfunktionär, seit 1938 Geheimdienstchef bzw. Innenminister.

16 Wjatscheslaw M. Molotow, 1890-1986, russisch-sowjetischer Partei- und Staatsfunktionär, 1953 Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU und Außenminister der UdSSR.

17 SAPMO-BArch, NY 4090/699, DY 30/J IV 2/2/286. Die Verfügung des Ministerrats der UdSSR wurde der SED-Delegation, bestehend aus Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelßner am 2. Juni 1953 gegen 23 Uhr im Kreml in Anwesenheit der Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU verlesen und übergeben. Am 6. Juni 1953 erfolgte ein regulärer Beschluß des Ministerrats der UdSSR.

18 Registrierte Abwanderung beim Ministerium des Innern der DDR: 1950 – 46 808 (ohne Thüringen); 1951 – 108 222; 1952 (bis Ende September) – 91 798. SAPMO-BArch, DY 30/3686. Nach sowjetischer Statistik vom Mai 1953: 1. Halbjahr 1952 – 57 234; 2. Halbjahr 1952 – 78 831; 1. Quartal 1953 – 84 034; bis Ende

eine *übereilte Schaffung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ohne eine dafür notwendige Grundlage auf dem Dorf[,] haben dazu geführt*, daß auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren und Nahrungsmitteln ernste Schwierigkeiten entstanden, daß der *Kurs der Mark stark gefallen ist*, daß eine große Anzahl der kleinen Eigentümer wie Handwerker, Gewerbetreibende usw. ruiniert sind und haben bedeutende Schichten der Bevölkerung gegen die bestehende Macht gestimmt. Es ist so weit gekommen, daß zur Zeit über *500 Tausend Hektar Land verlassen [sind] und brachliegen*, und die haushälterischen deutschen Bauern, die sonst stark an ihrem Landstück hängen, begannen, massenhaft ihr Land und ihre Wirtschaft zu verlassen und sich nach Westdeutschland zu begeben.

Die politische und ideologische Arbeit,²² geführt unter der Lenkung von der SED, entspricht nicht den Aufgaben der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik. Insbesondere wurden *ernste Fehler in bezug auf die Geistlichen begangen*, die in einer Unterschätzung des Einflusses der Kirche unter den breiten Massen der Bevölkerung, *in groben Administrierungsmaßnahmen und Repressalien* ihren Ausdruck fanden.

Als ein *grober Fehler* ist auch die **Unterschätzung der politischen Arbeit unter der Intelligenz anzuerkennen**. Dadurch erklären sich teilweise die in einem *bedeutenden Teil der Intelligenz vorhandenen Schwankungen*, Unbeständigkeit und sogar ein feindliches Verhalten *zur gegenwärtigen Ordnung*.

Das alles schafft eine ernste Gefahr für die politische Beständigkeit der Deutschen Demokratischen Republik.

Zur Verbesserung der entstandenen Lage ist es notwendig:

1. Unter den heutigen Bedingungen der Kurs auf eine Forcierung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR, der von der SED eingeschlagen und vom Politbüro des ZK der KPdSU(B) in seinem Beschluß vom 8. Juli 1952 gebilligt worden war, für nicht richtig zu halten.

2. Zur Gesundung der politischen Lage in der DDR und zur Stärkung unserer Positionen sowohl in Deutschland selbst, als auch in der Deutschlandfrage auf der internationalen Ebene und zur Sicherstellung und Ausbreitung der Basis einer Massenbewegung für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Deutschlands ist der Führung der SED und der Regierung der DDR die Durchführung folgender Maßnahmen zu empfehlen:

a) ein künstliches Aufbringen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die sich in der Praxis nicht bewährt haben und die eine Unzufriedenheit unter den Bauern hervorrufen, ist ¹⁾ einzustellen.

Alle bestehenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind sorgfältig zu überprüfen und dieselben, die auf einer *unfreiwilligen Basis* geschaffen sind oder die sich als lebensunfähig gezeigt haben, sind ²⁾ *aufzulösen*. Es ist im Auge zu halten, daß unter den heutigen Bedingungen in der DDR *nur eine* ³⁾ *einfachere Form* der Produktionskooperierung der Bauern, wie die Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens, ohne daß die Produktionsmittel vergesellschaftlicht werden, mehr oder weniger lebensfähig sein kann. Solche Genossenschaften können, wenn ihnen eine zustehende Hilfe gewährt wird, zu einem anziehenden Beispiel für das Bauerntum werden;

b) es sind die bestehenden *Maschinen-Ausleihstationen zu stärken* und die *neuen MAS nach Möglichkeit zu schaffen* als der wichtigste Hebel der Einwirkung im Dorfe und das Hauptmittel der Hilfeleistung an die werktätigen Bauern zur Hebung der Produktivität der Landwirtschaft.

Neben der Hilfe an die Genossenschaften zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens sollen die Maschinen-Ausleihstationen auch individuelle Bauernwirtschaften auf Grund der Ausleihverhältnisse bedienen;

c) die Politik der Einschränkung und der Ausdrängung des mittleren und kleinen Privatkapitals ist als eine vorzeitige Maßnahme zu verwerfen. Zur Belebung des wirtschaftlichen Lebens der Republik ist es notwendig, eine breite Heranziehung des Privatkapitals in verschiedenen Zweigen der kleinen und Gewerbeindustrie, in der Landwirtschaft sowie auch auf dem Gebiet des Handels für zweckmäßig zu halten, ohne dabei seine Konzentrierung in großem Ausmaß zuzulassen.

Bei der Verteilung der materiellen Ressourcen ist die Zuteilung von Rohstoffen, Heizmitteln, Elektroenergie und die Bereitstellung von Krediten an die Privatunternehmen vorzusehen. Das existierende System der Besteuerung der Privatunternehmer, das praktisch den Drang zur Beteiligung an dem Wirtschaftsleben tötet, ist in der Richtung einer Linderung der Steuerpraxis zu revidieren. Die Kartenversorgung mit Lebensmitteln für die Privatunternehmer sowie auch für die Freischaffenden ist wiederherzustellen.

c)²³ Der Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR ist zu revidieren in der Richtung einer Lockerung des überspannten Tempos der Entwicklung der schweren Industrie und einer schroffen Vergrößerung der Produktion der Massenbedarfswaren und der vollen Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, um schon in der nächsten Zeit es möglich wäre, das Kartensystem der Versorgung mit Lebensmitteln zu liquidieren;

d) Notwendige Maßnahmen zur Sanierung des Finanzsystems[,] zur Herabsetzung der administrativen und Sonderausgaben sowie zur Stärkung und Hebung des Kurses der Mark der DDR sind durchzuführen;

e) Maßnahmen zur Stärkung der Gesetzlichkeit und Gewährung der Bürgerrechte zu treffen, von harten Strafmaßnahmen, die durch Notwendigkeit nicht hervorgerufen werden, abzusehen. Die Gerichtsunterlagen der bestraften Bürger wieder zu prüfen zwecks Befreiung der ohne genügende Gründe zur Verantwortung gezogenen Personen. Unter diesem Gesichtspunkt entsprechende Änderungen in der bestehenden Strafgesetzgebung vorzunehmen.

f) Eine breite Entfaltung der politischen Arbeit unter allen Volksschichten bei entscheidender Ausrottung der Elemente von nackter Administrierung ist als eine der wichtigsten Aufgaben der SED zu betrachten. Es ist eine solche Lage zu erreichen, daß die Regierungsmaßnahmen vom Volke verstanden werden und unter der Bevölkerung selbst Unterstützung finden.

Besondere Aufmerksamkeit ist der politischen Arbeit unter der Intelligenz zu widmen, um zu gewähren, daß die Hauptmasse der Intelligenz sich der aktiven Teilnahme an der Durchführung der Maßnahmen zur Stärkung der bestehenden Ordnung zuwendet.

Zur Zeit und in der nächsten Zukunft ist es notwendig sowohl in der DDR, als auch in Westdeutschland die Aufgaben des politischen Kampfes für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und zur Abschließung eines Friedensvertrages zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der breiten Massen des deutschen Volkes zu machen. Dabei ist es notwendig, die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR zu berichtigen und zu stärken und den Einfluß der SED unter den breiten Arbeitermassen und anderen demokratischen Schichten in Stadt und Land bedeutend zu vergrößern.

Die bis zu dieser Zeit durchgeführte Propaganda über die Notwendigkeit des Übergangs der DDR zum Sozialismus als unrichtig zu betrachten, da sie die Parteiorganisationen der SED zu unzulässig vereinfachten und

April – 120 000. George Bailey, Sergej A. Kondraschow, David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 204 f.

19 1. Juli 1952 offizielle Umbildung der Hauptverwaltung Ausbildung in die Kasernierte Volkspolizei.

20 9.-12. Juli 1952.

21 Von »fälschlicherweise« bis »Voraussetzungen« durch einen seitlichen Anstrich von Ulbricht zusätzlich hervorgehoben.

22 Am gesamten Absatz ein seitlicher Anstrich von Ulbricht.

23 Der Buchstabe »c« ist doppelt angeführt.

hastigen Schritten sowohl auf dem politischen als auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet treibt.

Dabei ist die *bedeutende Stärkung der Rolle des Blocks der demokratischen Parteien und Massenorganisationen*²⁴ sowie der *Nationalen Front des demokratischen Deutschlands*²⁵ im Staats- und Gesellschaftsleben der DDR als notwendig zu betrachten.

24 Dazu gehörten die SED, die CDU, die DBD, die LDPD, die NDPD, der FDGB, die FDJ, der DFD, der Kulturbund.

25 Seit ihrer Gründung am 7. Oktober 1949 ein Bündnis der Parteien und Organisationen sowie von Persönlichkeiten.

26 Verschiedene Formen evangelischer Jugendarbeit innerhalb der Kirche. Insbesondere seit Anfang 1953 als »Agententätigkeit« denunziert und Repressionen unterworfen.

g) **Einem nackten Administrieren in bezug auf die Geistlichen ist Schluß zu machen und die schädliche Praxis der groben Einmischung der Behörden in die Angelegenheiten der Kirche ist einzustellen. Alle Maßnahmen, die [die] direkten Interessen der Kirche und der Geistlichen einengen, sind aufzuheben, und zwar: Beschlagnahme der karitativen Kirchenanstalten (Alten- und Waisenhäuser), Abnahme durch lokale Behörden brachliegender kirchlicher Bodenfläche, Entziehung der für die Kirche festgelegten Subventionen u.s.w. Die Verfolgung der einfachen Teilnehmer der kirchlichen Jugendorganisation »Junge Gemeinde«²⁶ ist einzustellen und die politische Arbeit unter ihnen zum Schwerpunkt zu machen.** Es ist im Auge zu halten, daß Repressalien gegenüber der Kirche und den Geistlichen nur dazu beitragen können, den religiösen Fanatismus der rückständigen Schichten der Bevölkerung zu stärken und ihre Unzufriedenheit zu vergrößern, darum muß als Hauptkampfmittel gegen den reaktionären Einfluß der Kirche und der Geistlichen eine tüchtig *durchdachte Aufklärungs- und Kulturarbeit sein. Als Grundform der antireligiösen Propaganda ist eine weite Verbreitung der wissenschaftlichen und politischen Kenntnisse unter der Bevölkerung zu erkennen.*

3. Die Gewährung der wirtschaftlichen Hilfe an die DDR seitens der UdSSR, insbesondere auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung, ist als notwendig zu erkennen.

4. Der Hohe Kommissar der UdSSR in Deutschland Genosse Semjonow und der Befehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen Genosse Gretschnko²⁷ sind verpflichtet, die bestehenden Mängel in der Ausübung der *Besatzungsregime durch sowjetische Truppen zu beseitigen.* Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, daß das Dasein der sowjetischen Besatzungstruppen möglichst wenig die direkten Interessen der Zivilbevölkerung [be]einträchtigt, insbesondere sind alle durch sowjetische Truppen besetzte Räume der *Bildungsanstalten, Krankenhäuser und Kulturstätten freizumachen.*

27 Wladimir S. Semjonow, 1911-1992, Generaloberst, Botschafter, 1945-53 Politischer Berater des Chefs der SMAD bzw. des Vorsitzenden der SKK, seit Mai 1953 Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland; Andrei A. Gretschnko, 1903-1976, Armeemajor, 1953 Oberkommandierender der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.

5. Von dem Standpunkt ausgehend, daß die politische und wirtschaftliche Lage der DDR ein(er) der wichtigsten Faktoren nicht nur in der Lösung der allgemeinen Deutschlandfrage, sondern auch in der friedlichen Regelung (der friedlichen Regelung und – Wiederholung) der internationalen Grundprobleme ist, ist es *in der Zukunft bei der Bestimmung der gesamten politischen Linie für diese oder jene Zeitperiode und bei der Durchführung jeder konkreten Maßnahme zur Stärkung der DDR, streng die realen Bedingungen innerhalb der DDR wie auch die Lage in Deutschland in ganzem und die internationale Lage zu berücksichtigen.*

6. Da zur Zeit die *Hauptaufgabe der Kampf für die Vereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage ist, müssen die SED und die KPD, als Bannerträger im Kampf für die Nationalen Bestrebungen und für die Interessen des ganzen deutschen Volkes, die Durchführung einer elastischen, auf maximale Splitterung der Kräfte ihres Gegners und Ausnutzung jeglicher oppositionellen Strömungen gegen die käufliche Clique Adenauers gerichtete Taktik gewährleisten.* Deshalb, da die Sozialdemokratische Partei Westdeutschlands, der noch bisher bedeutende Massen

der Werktätigen folgen, gegen die Bonner Verträge²⁸, wenn auch ungenügend konsequent, auftritt, ist die total feindliche Position gegenüber dieser Partei für die heutige Periode zu verwerfen[,] und es ist zu versuchen, wo und wenn es möglich ist, gemeinsame Aktionen gegen die Adenauersche Politik der Spaltung und der imperialistischen Knechtung Deutschlands zu organisieren.

6-lp./rl.²⁹

5

Niederschrift Walter Ulbrichts des in Moskau abverlangten Telegramms auf Grund der Verfügung des Ministerrats der UdSSR »Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik« vom 2. Juni 1953.
(Abschrift)³⁰

Wir bitten zu veranlassen, daß Gen.[osse] Orlow³¹ an Gen.[nossen] Axen³² mitteilt:

1. Die wissenschaftliche Session der Parteihochschule ist zu verlegen.
2. Der Druck und die Auslieferung aller Schriften, die sich auf die II. Parteikonferenz und ihre Auswertung beziehen ist aufzuhalten.
3. Die Konferenz der Vertreter landwirtschaftlicher Genossenschaften soll sich beschränken auf die Vorbereitung der Ernte und die innere Festigung der Genossenschaften. Es soll keine Propagierung des Übergangs zu Stufe 3 erfolgen.

6

Außerordentliche Sitzung des Politbüros des ZK der SED nach der Übergabe des Telegramms aus Moskau durch Orlow an Axen, 3. Juni 1953
(Abschrift)³³

Mitteilung der Genossen Grotewohl und Ulbricht

- 1) Die wissenschaftliche Session an der Parteihochschule »Karl Marx« ist zu verschieben.³⁴
Verantwortlich: Abteilung Propaganda
- 2) Der Druck und die Herausgabe aller Bücher, Broschüren usw. über die II. Parteikonferenz und die Verwendung der Beschlüsse der II. Parteikonferenz sind sofort einzustellen.
- 3) Die vom Genossen Axen an die 1. Bezirkssekretäre gegebene Information wird bestätigt.
(Anlage Nr. 1)³⁵
Die Referenten³⁶ für die Kreisparteiaktiv-Tagungen und die Kreis-Leitungssitzungen sind entsprechend der Mitteilung des Genossen Axen zu informieren. Bei der Behandlung der Fragen des 13. Plenums³⁷ ist auszugehen von den Fragen des 5-Jahrplanes. Die führenden Genossen der Massenorganisationen sind entsprechend zu informieren.
- 4) Die Beratung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist auf die Fragen der Erntevorbereitungen, der organisatorisch-wirtschaft-

28 Der Bundestag billigte am 19. März 1953 den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten vom 26. Mai 1952 und den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vom 27. Mai 1952.

29 Russische Abkürzungen.

30 SAPMO-BArch,
DY 30/J IV 2/2/285.

31 Alexandr L. Orlow, Leiter der Informationsabteilung der Sowjetischen Kontrollkommission.

32 Hermann Axen, 1916-1992, kommunistischer Jugendfunktionär, 1934 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, 1938 Flucht nach Paris, 1940 interniert und nach Auslieferung an die Gestapo 1942 bis 1945 KZ Auschwitz und Buchenwald, seit 1949 Mitglied des Sekretariats und bis 1953 Sekretär des ZK der SED, Mitglied des ZK der SED.

33 SAPMO-BArch,
DY 30/J IV 2/2/285.

34 Vermutlich eine Veranstaltung im Zusammenhang mit dem 60. Geburtstag Ulbrichts am 30. Juni 1953.

35 Die Anlage bezieht sich auf die Organisation eines straffen, täglichen Systems der Parteiinformation über die »politische Massens Stimmung«, wurde aber erst am 9. Juni endgültig verabschiedet.

36 Durch eine Anstreichung am Seitenrand im Original hervorgehoben.

37 13./14. Mai 1953. Das Plenum hielt an dem Kurs des beschleunigten sozialistischen Aufbaus fest und beschloß, die Arbeitsnormen pauschal um 10 Prozent zu erhöhen.

38 6./7. Juni 1953 Konferenz des ZK der SED und der Regierung der DDR mit Vertretern aller Zweige der Landwirtschaft.

39 Max Reimann, 1898-1977, Vorsitzender der KPD in der BRD.

40 6. September 1953: Termin für die Bundestagswahlen.

41 Otto Schön, 1905-1968, KPD-Funktionär, 1933 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, 1936/37 KZ Sachsenburg, bis 1942 Metallarbeiter, 1942/43 Wehrmacht, seit 1950 Mitglied des ZK der SED, seines Sekretariats und Leiter des Büros des Politbüros.

42 SAPMO-BArch, NY 4090/699. Der bei der handschriftlichen Vorbereitung der Stellungnahme gemeinsam von Grotewohl, Ulbricht und Oelßner niedergelegte Satz: »Wir anerkennen, daß die in dem uns am 2. Juni 1953 überreichten Dokument enthaltene Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in der DDR richtig ist.«, wurde den Mitgliedern des Präsidiums des ZK der KPdSU von Grotewohl am 3. Juni nur mündlich vorgetragen.

lichen Festigung der Produktionsgenossenschaften zu beschränken. Eine Propaganda für den Übergang zur dritten Stufe der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hat nicht zu erfolgen.³⁸

- 5) Das Referat des Genossen Neu auf der Konferenz landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften über die Viehhaltung wird von der Tagesordnung gestrichen.
- 6) Genossen Reimann³⁹ ist mitzuteilen, daß die Wahlkonferenz des Parteivorstandes verschoben werden soll.⁴⁰ Wenn das nicht mehr möglich ist, ist über diese Konferenz vorläufig nichts zu veröffentlichen. Der Wahlauftrag der KPD wird noch ergänzt.
- 7) Genosse Schön⁴¹ wird beauftragt, die Bücher und Broschüren, die zum 60. Geburtstag des Genossen Walter Ulbricht vorbereitet sind bzw. sich in Druck befinden, zu überprüfen.

7

Stellungnahme der SED-Delegation zu der Verfügung des Ministerrats der UdSSR »Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik«, die am 3. Juni 1953 in Moskau verfaßt wurde (Abschrift nach dem maschinenschriftlichen Exemplar Grotewohls)⁴²

(Mo.)[skau]
- E n t w u r f .

Beschluss des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Der Beschluss der II. Parteikonferenz der SED hat zu einem Kurs auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus in der DDR geführt, der mit den realen aussen- und innenpolitischen Voraussetzungen dafür nicht in Einklang steht. Es ist offensichtlich, dass nach der Ratifizierung der Kriegsverträge von Bonn und Paris der Kampf um die Einheit Deutschlands und um die Erhaltung des Friedens mehr denn je die zentrale Frage ist. Die Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Zeit ist der Kampf um die (nationale) Vereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert, auch die ökonomischen und politischen Massnahmen in der DDR dieser zentralen nationalen Aufgabe unterzuordnen.

Die Verknennung dieser Aufgabe führte zu ersten Fehlern, durch die eine ~~äußerst unbefriedigende~~ (durchaus ungünstige) politische und wirtschaftliche Lage in der DDR entstand. Solche wirtschaftlichen Massnahmen wie die Beschleunigung der Entwicklung der Schwerindustrie über den Plan hinaus, die Einschränkung der Privatinitiative, der teilweise Entzug der Lebensmittelkarten, das schnelle Tempo der Schaffung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und der zu frühe Übergang zu Typ III⁴³ haben ernste Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren und Nahrungsmitteln geschaffen. Die von der SED-Führung durchgeführte politische (wirtschaftliche)⁴⁴ und ideologische Arbeit entspricht nicht den Aufgaben der Stärkung der DDR. Es ist ein ernster Fehler, dass die politische Arbeit unter der Intelligenz noch immer unterschätzt wird.

Zur Gesundung der politischen Lage in der DDR und zur Stärkung unserer Positionen im Kampf um die nationale Wiedervereinigung Deutsch-

lands und um die Erhaltung des Friedens sind folgende Massnahmen durchzuführen:

1. *Angesichts⁴⁵ des Zurückbleibens der inneren Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist es notwendig, die Hauptarbeit auf die innere wirtschaftlich-organisatorische Festigung der Genossenschaften zu konzentrieren. Es ist zu beachten, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Regel nur Produktionsgenossenschaften in der einfachen Form des Typs I lebensfähig sind. Das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Gründung der LPGs und die strenge Einhaltung der im Statut vorgesehenen inneren Demokratie muss unter allen Umständen gewährleistet werden.*

Die MTS sind besser auszurüsten, damit sie ~~sowohl~~ die Produktionsgenossenschaften ~~als auch~~ (und) die individuellen Bauernwirtschaften bedienen können.

2. Die Politik der Einschränkung und Verdrängung des mittleren und kleinen Privatkapitals ist unzulässig. Zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens ist eine breite Heranziehung des Privatkapitals im Handwerk, in der gewerblichen Industrie und im Kleinhandel durchzuführen. Dementsprechend ist es notwendig, alle wirtschaftlichen, finanziellen und steuerlichen Massnahmen so zu treffen, dass die private Initiative gefördert wird. Die Zuteilung von Lebensmittelkarten ist im alten Umfange wieder herzustellen.

3. Die gegenüber dem Fünfjahrplan vorgenommene Beschleunigung der Entwicklung der Schwerindustrie ist zu revidieren, soweit dies mit den Exportverpflichtungen der Republik zu vereinbaren ist. Die Produktion von Massenbedarfsartikeln ist ~~dann~~ in bedeutendem Masse zu steigern und die volle Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu gewährleisten, damit das Kartensystem in absehbarer Zeit abgeschafft werden kann.

4. Es sind Massnahmen zur Festigung des Finanzsystems und zur Senkung der Verwaltungsausgaben und Sonderausgaben durchzuführen.

5. Es sind Massnahmen zur Stärkung der Gesetzlichkeit und zur Wahrung der verfassungsmässigen Rechte der Bürger zu treffen. Dementsprechend dürfen Verhaftungen nur unter strenger Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt werden. Unbegründet harte Strafmassnahmen sind ~~zu unterlassen~~ (unzulässig). Strafen, die wegen geringfügiger Vergehen ausgesprochen wurden, sind zu erlassen. Urteile, in denen übermässig harte Strafen ausgesprochen wurden, müssen überprüft werden. Ein neues Strafgesetzbuch ist vorzubereiten.

6. Es ist eine breite Demokratisierung des öffentlichen Lebens durchzuführen. ~~wobei~~ (D)ie Methode der formalen, bürokratischen Tätigkeit (ist) in schärfster Weise zu bekämpfen. Die Regierungsmassnahmen sind so durchzuführen und zu erläutern, dass sie von der Bevölkerung verstanden und unterstützt werden. Dabei ist der Gewinnung der Intellektuellen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

*

In der gegenwärtigen Zeit wie in der nächsten Zukunft ist es notwendig, in der DDR und in Westdeutschland den Kampf um die Wi[e]rderherstellung der nationalen Einheit und um den An[b]schluss eines Friedensvertrages zur Hauptaufgabe zu machen und den breiten Massen dies zu Bewusstsein zu bringen. Dabei ist es ~~notwendig~~ (erforderlich), die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR zu ~~berichtigen~~ (korrigieren), die DDR zu stärken und den Einfluss der SED unter den breiten Arbeitermassen und anderen demokratischen Schichten in Stadt und Land bedeutend zu vergrössern.

43 LPG Typ III sollte die genossenschaftliche Viehhaltung einschließen.

44 Diese handschriftliche Einfügung stammt von Wilhelm Pieck, der sich in der Sowjetunion aufhielt und dem die Stellungnahme zur Kenntnis gebracht wurde.

45 Diese wie andere im Dokument kursiv hervorgehobenen Textstellen wurden von Grotewohl durch einen Anstrich am linken Seitenrand hervorgehoben.

Die vereinfachte Propaganda ~~über den~~ (des) Übergang(s) zum Sozialismus in der DDR führt zu überhasteten Schritten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet und erschwert die Gewinnung der breitesten Schichten. Daraus ergibt sich:

a/ die Notwendigkeit der bedeutenden Stärkung der Rolle des Blocks der demokratischen Parteien und Massenorganisationen sowie der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands im staatlichen und gesellschaftlichen Leben der DDR.

b/ das kirchliche Eigenleben ist nach den Bestimmungen der Verfassung zu gewährleisten. Um den durch das Verhalten einer Reihe von Kirchenführern geschaffenen Zustand zu ändern und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu normalisieren; ist es zweckmässig, die charitativen Anstalten in die frühere Verwaltung zurückzugeben, und die Zuweisungen an die Kirche wieder aufzunehmen. Die ~~Verfolgung~~ (Maßnahmen gegen) die einfachen Teilnehmer der »Jungen Gemeinde« ~~ist einzustellen~~ (sind zu unterlassen) und das Hauptgewicht auf die politische Arbeit unter ihnen zu legen.

c/ im Interesse ~~des~~ (der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands ist) der Zusammenschluss aller gegen das Bonner Regime in Opposition stehenden Kräfte ~~ist es~~ notwendig ~~eine~~. (Dies erfordert eine offene und) elastische Politik gegenüber der SPD und anderen politischen Parteien und Richtungen. ~~durchzuführen~~. Dabei ist die Hauptaufmerksamkeit auf weitere gemeinsame Aktionen mit der SPD zu lenken.

*

~~Ausgehend von der Erkenntnis dass~~ (D)ie wirtschaftliche und politische Lage der DDR (ist) einer der wichtigsten Faktoren ~~nicht nur~~ in der Lösung der ~~allgemeinen Deutschlandf~~ (deutschen) (F)rage, ~~sondern auch~~ in (und) der friedlichen Lösung der internationalen Grundprobleme ~~ist~~. (D)as Zentralkomitee der SED (ist daher) der Auffassung, dass bei der Bestimmung der gesamten politischen Linie und bei der Durchführung jeder konkreten Massnahme zur Stärkung der DDR die realen Bedingungen in der DDR wie auch die Lage in ganz Deutschland und die internationale Lage zu berücksichtigen sind. Nur so können die SED und die KPD die Bannerträger im Kampf um die nationalen Bestrebungen und für die Interessen des ganzen deutschen Volkes sein.